

Internationaler Gedenktag der Sinti und Roma in Auschwitz

60. Jahrestag der Mordaktion der SS am 2. August 1944

Rose fordert Baubeginn für Holocaust-Denkmal der Sinti und Roma in Berlin

150 Sinti und Roma aus ganz Deutschland, Holocaust-Überlebende und ihre Angehörigen, nehmen unter Leitung des Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, am 2. August an der internationalen Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die vor 60 Jahren in Auschwitz-Birkenau ermordeten Sinti und Roma teil. Aufgrund Himmlers "Auschwitz-Erlass" vom 16. Dezember 1942 verschleppte die SS 23 000 Sinti und Roma familienweise aus elf Ländern Europas in das Vernichtungslager. Am 2. August 1944 ermordete die SS dort in den Gaskammern die letzten 3000 Sinti und Roma, Kinder, ihre Mütter und Alte. Im besetzten Europa wurden 500 000 Roma und Sinti Opfer des Holocaust.

Zentralratsvorsitzender Rose forderte in seiner Rede in Auschwitz-Birkenau Bundeskanzler Gerhard Schröder auf, die Zusage des damaligen Kultur-Staatsministers Julian Nida-Rümelin vom 12. Juli 2002 für den raschen Baubeginn des Holocaust-Denkmal der Sinti und Roma beim Reichstag mit der Inschrift des Zitats des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog nun endlich einzulösen. Der Bundeskanzler müsse die "Verzögerungs- und Verhinderungspolitik" der jetzigen Staatsministerin Christina Weiss beenden, so Rose. Zur Bedeutung des Holocaust sagte Herzog am 16. März 1997, dass "der Völkermord an den Sinti und Roma aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns und mit dem gleichen Willen zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung" durchgeführt wurde "wie der an den Juden" und dass die Nazis in Europa die Sinti und Roma "systematisch und familienweise vom Kleinkind bis zum Greis" ermordeten.

Rose erklärte in Auschwitz, er werde in dem für kommenden September zugesagten Gespräch mit Bundesinnenminister Otto Schily nachdrücklich eine gesetzliche Regelung verlangen, um Einrichtungen wie die beiden Holocaust-Denkmale in Berlin und die KZ-Gedenkstätten in Deutschland vor rechtsradikalen Gewalttaten und anderen Hass-Aktionen zu schützen.